Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Paris, 8. März. Boulevard. 3% Rente —,—. Anleihe 106,15. Italiener 93,85. Türken —,—. Türkenloose —,—. Spanier 61,50. Egypter 335,00. Ottomanen 644,00. Franzosen —,—. Lombarden —,—. Matt.

F. Louis Beilich
Meissen
Fabrikation
baumwollener, halbwollener und wollener
Strumpfwaaren
und
Strickgarne.
Für Wiederverkäufer
direkte Bezugsquelle.
Permanentes grosses Lager.

Grosse Geflügel-Ausstellung.
Siehe 8. Seite.
Vorletzter Tag.

Gardinen
weiss und crême, das Fenster v. 3–100 M. empfiehlt in enormer Auswahl (im Einzelnen zu Fabrikpreisen) das Gardinen-Special-Hauptgeschäft Dresdens
Waisenhausstr. 25 (im Hause des Victoria-Salon).

Technicum Mittweida
Sachsen.
a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule.
— Vorunterricht frei. —

Tapisserie-Manufactur C. HESSE, Kgl. Hoflief., Dresden, Altmarkt.
Eine Partie Stickereien auf Canevas und Fantasiestoffen, sowie Decken verkaufe ausserordentlich billig.

Nr. 69. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 9. März: Schwacher unbest. Wind, veränderl. Bewölkung, etwas Niederschlag, Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1884. Sonntag, 9. März.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Kein Hofrath, sondern ein Hofmann wurde zum zweiten Vicepräsidenten des Reichstages erwählt. Seit 1874 ist dieser Hofmann, der sich übrigens mit dem ff schreibt, Mitglied des Reichstages; Niemand aber kannte ihn — er ist sogar mit seiner Jungfernrede noch im Rückstande. Seines Zeichens nach ist er Amtsrichter in Berlin; geborener Preuße (Erfurter), ist er Abgeordneter des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt. Die thüringischen Zwergstaaten sind meistentheils unfähig, aus ihrer Bürgerschaft eigne Söhne zu ihrer Vertretung im Reichstage zu erzeugen und bei diesem Mangel an Mannbarkeit helfen sie sich (vergleiche Laskers jahrelange Abgeordnetenschaft für Meiningen) mit der Adoption Berliner Kinder. Hoffmann stimmte bisher regelmäßig, doch unbemerkt im Troß der Fortschrittspartei; jetzt ist er aus dem Dunkel auf einen der hervorragendsten Posten des öffentlichen politischen Lebens hervorgezerrt worden. Handelte es sich um die Präsidentenwahl in einer der ersten Session der Sitzungsperiode, so wäre gegen die Berufung eines Vertreters der Linken nicht das Geringste einzuwenden. Die Vorstandschaft wie die Ausschüsse eines jeden Parlaments sollen von rechtswegen so zusammengesetzt sein, daß jede der verschiedenen Parteien eine ihrer Stärke angemessene Vertretung findet. So theilen sich z. B. im sächsischen Landtage Konservative, Fortschrittspartei und Nationalliberale in das Präsidium. Bei der Präsidentenwahl des Reichstags von 78 würden bereits die Liberalen einen Präsidentenstuhl neben dem Konservativen v. Levetzow und dem Klerikalen v. Frankenstein erhalten haben, wenn sie sich mit dem zweiten Vicepräsidenten begnügt hätte; da sie aber den ersten verlangten und damit nicht durchkamen, so gaben sie weiße Zettel ab und somit wurde damals Abg. Ackermann unvermuthet auf dieses Ehrenamt berufen. Denn im Grunde entsprach es nicht den parlamentarischen Gewohnheiten, zwei Mitglieder derselben Parteifarbe (die Konservativen v. Levetzow und Ackermann) in die Vorstandschaft zu wählen. Bei der 2. Session wählte der Reichstag ohne Weiteres, da er mit der Leitung zufrieden gewesen, das frühere Präsidium wieder und so wäre es wohl auch hergebrachtermaßen wieder gekommen, wenn nicht die neubegründete Oppositionspartei ihr gutes Recht auf einen Präsidentenstuhl angemeldet hätte. Das war unbedingt zu respektiren. So acceptirte das ganze Haus sofort den ihm von der Linken präsentirten Hoffmann als 2. Vicepräsidenten. Herr Ackermann, der nunmehr der vielen Präsidialarbeiten enthoben ist, erhält damit wieder die Zeit, sich den übrigen Arbeiten eines Volksvertreters zu widmen und er wird sich gewiß mit Energie auf die Förderung der sozialen Reformgesetze behufs Eintracht unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen im Sinne der Thronrede werfen. Herr Ackermann hat seiner Zeit das Ehrenamt eines Reichstagspräsidenten nicht gesucht, er entzog sich ihm nicht, als es ihm der Reichstag antrug. Damit, daß er unter der veränderten Lage auf Wiederwahl verzichtete, erwies er seiner Partei einen guten Dienst. Wir würden aber gegen die Wahrheit fehlen, wollten wir leugnen, daß es uns allezeit mit Genugthuung erfüllt hat, daß jener ehrenvolle Posten einem sächsischen Landsmann anvertraut war, der ihn mit Würde und Unbefangenheit auszufüllen verstand. Ackermann's letzte Amtshandlung war, daß er in die Synagoge zu Berlin ging, um der Todtenfeier Lasker's beizuwohnen.

Das vermittelt den Uebergang zu dem neuesten Laskerskandal. Kaum constituirt, erlebte der Reichstag denselben. Es war ein vorbedachter Skandal. Herr Rickert hatte die Absicht dazu großmüthigerweise den anderen Parteien angezeigt. Der Präsident hatte in der Aufzählung der verstorbenen Mitglieder auch Lasker's mit einigen sachgemäßen Worten hervorhebend gedacht. Statt sich damit zu genügen, erbat sich Rickert das Wort „zur Geschäftsordnung", mißbrauchte aber das erhaltene Wort, um das amerikanische Repräsentantenhaus wegen seiner Laskeradresse hereinzuziehen. Es war auf einen Tumult abgesehen und der ist auch nicht ausgeblieben. Soll diese wilde Scene ein Vorbild sein für die fernere Entwickelung des Reichstags? Die neue Oppositionspartei hat sich mit einem Eingriff in die Parlamentsordnung eingeführt; dieses erste Debüt verspricht Vieles. Daß der Skandal an den Namen Lasker anknüpfte, ist für das Wesen und die Absichten der neuen Partei charakteristisch. Bei der Beerdigung von Lasker in Berlin war dessen Bruder, der als Bankier in Galveston seine Geschäftchen macht, mit anwesend. Er hatte es übernommen, den Deputirten Schiffree, der ebenfalls in Galveston lebt, zum Einschmuggeln einer Trauerresolution in die Registrande des Washingtoner Repräsentantenhauses zu bewegen, wenn dies am unbemerktesten anginge. Das ist geschicktest besorgt worden und nun sollte diese Washingtoner Emission in Berlin von den Lasker'schen lombardirt werden. Damit haben die Jobber aber kein Glück gehabt; der Präsident strich das Trauerpapier als nicht in Deutschland courssähig.

Ueber Laskers Grab haben sich Secessionisten und Fortschrittler vereinigt; die Freundschaft mit dem mächtigen Judenthum ist der Boden, auf dem der Bund geschlossen wurde und der Kampf gegen die arbeiterfreundlichen Sozialreformen des Kaisers Wilhelm und des Kanzlers Bismarck ist der Zweck des Bundes. Auf welcher Seite das deutsche Volk zu stehen hat — ob auf der über Laskers Grab geschlossenen Partei oder auf der seines Kaisers und Kanzlers, die Deutschland groß, mächtig und einig gemacht, welche die Eintracht unter den Bevölkerungsklassen auf ihre Fahne geschrieben haben — Das kann auch dem einfachsten Tagelöhner und Knechte nicht mehr zweifelhaft sein. Das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme der Handelsjuden, ist froh, daß die kaiserliche Reichspolitik von den Freihändlern Nichts mehr wissen mag und wenigstens der Anfang zur Bekämpfung des lediglich im Interesse des Handelskapitals und zum Schaden der produktiven Arbeit wirkenden Manchesterthums gemacht ist. Das Programm der neuen Partei deklamirt gegen „Sonderinteressen" und „Monopole". Ja, wer hat denn noch ein Monopol außer der Börse? Wer treibt denn unter dem Vorgeben der Interesselosigkeit ausschließlich eine sich alle Früchte des Volksfleißes und Volkswohlstandes aneignende Interessenpolitik, wenn nicht der Kapitalismus? Was ist heutzutage noch der fleißigste Bauer, Handwerker, Fabrikant, Beamte und Arbeiter? Ein Spielzeug in der Hand des kapitalistischen Handelsmannes! Gespielt mit einer heuchlerischen Interesselosigkeit! Wenn wir als Das, was wir gelernt haben und geworden sind, als Bauern, Handwerker, Fabrikanten, Beamte und Arbeiter überhaupt nicht mehr existiren können, dann ist's überhaupt aus mit uns. Hinter der allgemeinen Interesselosigkeitspolitik scheert nur der Kapitalismus sein Schäfchen und darum wenden wir uns **der** Politik zu, die sich's zur Aufgabe stellte, allen berechtigten Interessen gerecht zu werden und alle mit gleicher Liebe zu pflegen. Alle Reklamen für die neue Partei werden diese einfache Schlußfolgerung des Volkes nicht beirren und die Laskerskandale können nur dazu beitragen, das Volk aufzuklären, wozu man es mißbrauchen möchte. Hört endlich auf, mit der Leiche Laskers, wie der geschmackvolle Berliner Ausdruck lautet, „zu krebsen". Es ist das einfach widerlich.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 8. März.

Berlin. Der Reichskanzler ist noch nicht angekommen. Sein Gesundheitszustand ließ während der letzten Zeit wieder viel zu wünschen übrig, insbesondere plagen den Fürsten nervöse Zustände. — Wie bemerkt, wird ein Artikel der „Nordd. Allg.", in welchem zum ersten Male von offiziöser Seite der Behauptung der Centrumsredner, besonders Windhorst's, mit großer Schärfe widersprochen wird, daß die römische Kirche allein die sozialistischen Ideen aufhalten könne. Der Artikel schließt wie folgt: An die staatserhaltende Kraft der römischen Kirche, wie der Ultramontanismus sich die letztere denkt, glaubt heute der Deutsche ebenso wenig als der Ultramontane. Beiden ist es gleichmäßig klar, daß der Ultramontanismus für jede politische Richtung allianzfähig ist, auch für die Revolution.

Darmstadt. Die zweite Kammer bewilligte die von der Regierung geforderten Mittel zur Enquete über die Verschuldung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes und nahm den Antrag an, die Regierung um Errichtung einer Bodenkreditanstalt zu ersuchen.

Pest. Der Polizeibehörde wurde eine höchst wichtige Anzeige erstattet, dieselbe betrifft ein Unternehmen, was von den Anarchisten geplant wurde und zu welchem die erforderlichen Mittel per Post gesandt und schon im Pester Postamte angekommen waren. Im Interesse der Untersuchung darf nichts Näheres veröffentlicht werden.

Meran. Es wird gemeldet, daß im Befinden Anton Auber's eine schlimme Wendung eingetreten sei. Die Aerzte haben alle Hoffnung aufgegeben.

Paris. Das Rundschreiben des Direktors der allgemeinen Sicherheit Schnerb, über die royalistischen Umtriebe wird allgemein als das Vorspiel der Austreibung aller Prinzen von Orleans angesehen. — Der Besitzer des an Isabella von Spanien vermietheten Schlosses in Crepy en Valois ließ die Möbel der Ex-Königin, welche dieselbe insgeheim wegführen lassen wollte, mit Beschlag belegen. Der Prozeß begann gestern vor dem hiesigen Civilgerichte. — Das Budget umfaßt in seiner endgültigen Form 3,048,514,744 Francs ordentliche Ausgaben, 175,183 Francs weniger als der Voranschlag der Einnahme und 308 Millionen Francs außerordentliche Ausgaben, die durch 3jährige Schatzscheine gedeckt werden. Für das Heer sind 506 Millionen im Ordinarium, 83 Millionen im Extra-Ordinarium, für die Flotte 200 Mill. im Ordinarium und 17,871,215 Francs im Extraordinarium, für das gesammte Vertheidigungswesen somit rund 890 Millionen bestimmt. — Der Präfekt des Norddepartements erwirkte von der Anziner Gesellschaft einige Zugeständnisse für ihre Arbeiter. Die Regierungsblätter rathen diesen lebhaft zur Annahme; ihre Haltung habe ihnen die allgemeinen Sympathien erworben, und die Gesetzgebung werde die Eigenthumsverhältnisse aller Bergwerke zu revidiren haben.

Rom. Kaiser Franz Joseph verwendete sich beim Papste, um den Empfang des bayrischen Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela im Vatikan zu ermöglichen.

Die **Berliner Börse** brachte höhere Kurse und belebtes Geschäft, namentlich in Banken, für welche der günstigere Abschluß der Disconto-Gesellschaft und die als unmittelbar bevorstehend angekündigte Ung. Rentenkonversion anregend wirkt. Kreditaktien schlossen gegen gestern 6¼ Mark, Diskontogesellschaft 1, deutsche Bank 2 Proz. höher. Kassabanken waren gleichfalls belebt und fest, besonders hatten Leipziger Kredit und Leipziger Diskonto größere Umsätze. Deutsche Bahnen waren still und knapp behauptet, österreichische Bahnen animirt und anziehend, Elbethal 7½ Mk. höher, Aussig-Teplitzer stark weichend. Spekulative Montanwerthe waren stark angeboten, Laurahütte 1½ Proz., Dortmunder 2 Proz. niedriger, Kassabergwerke ruhig, aber mehrfach höher, Industrien ohne einheitliche Tendenz. Deutsche Fonds still, fremde Renten gut behauptet.

Frankfurt a. M., 8. März. Kredit 2[illegible],50, Staatsbahn 2[illegible], Lombarden 14[illegible], Galizier —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Gritzler [illegible], Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente 77[illegible], [illegible] Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierrente —, Diskonto [illegible], Egypter [illegible], Gotthardbahn [illegible], Mainzer —, Hess. Ludw. [illegible].

Wien, 8. März. Kredit 3[illegible],10, Staatsb. [illegible], Lombarden 1[illegible],10, Napoleon. [illegible], Markfaten [illegible], Ung. Kredit [illegible], Elbethal —, Fest.

Paris, 8. März. (Schluß.) Rente 78,[illegible], Anleihe 106,17, Italiener 93,85, Staatsbahn [illegible], Lombarden [illegible], do. Prioritäten [illegible], Egypter [illegible], Oesterr. Goldrente [illegible], Fest.

Lokales und Sächsisches.

— Forstinspektor **Gottschald** zu Naundorf erhielt das Ritterkreuz 2. Kl. des Verdienstordens, Prof. Hugo Bürkner den K. K. Oesterr. Orden der Eisernen Krone 3. Kl.

— Der in Ruhestand getretene bisherige Kommandant der Festung Königstein, Generallieutenant von **Leonhardi** hat sich in Berlin persönlich Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm vorgestellt, um sich zu verabschieden.

— In dreistündiger Sitzung erledigte gestern die **erste Kammer** den Etat des Kultusministeriums, Ref. von Trützschler. Se. Hoheit Prinz Georg wohnte zum ersten Male seit dem betrübenden Trauerfall in seinem Hause der Sitzung wieder bei. Bei dem Kapitel „Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium" erklärt dessen Vicepräsident, Oberhofprediger Dr. Kohlschütter, nicht auf das eingehen zu wollen, was bei der diesbezüglichen Verhandlung in der zweiten Kammer von dem Abg. Schreck dem Landeskonsistorium zum Vorwurf gemacht worden sei, denn er habe der von dem Konsistorium bereits abgegebenen Erklärung nichts hinzuzufügen. Auch auf die gegen das neue Landesgesangbuch erhobenen Einwendungen könne er sich hier nicht einlassen, da es nicht vor das Forum der Kammer gehöre, hierüber zu diskutiren, nachdem dasselbe durch die Synode acceptirt worden sei. Mit Genugthuung habe er zu konstatiren, daß nach einer Erklärung des Abgeordneten Schreck die Auffassung des Konsistoriums, als wenn jener Abgeordnete gegen dasselbe den Vorwurf der Parteilichkeit in der Ausübung der Disciplinargewalt erhoben habe, auf einem Mißverständniß beruhe. Jener Abgeordnete habe ferner als unzulässig bezeichnet, daß das Konsistorium einer bestimmten religiösen und kirchlichen Richtung huldige. Dem würde er entgegenhalten: Was wäre das für eine kirchliche Behörde, welche eine bestimmte religiöse Richtung entbehrte? Wie solle sie Entscheidungen fällen, wenn es sich um streitige Lehrfragen u. dergl. handle? Die Richtung, welche das Konsistorium einhalte, sei ihm vorgeschrieben durch das Gesetz, durch den Eid, den seine Mitglieder geleistet und durch das Gelöbniß, das jeder Geistliche abgelegt habe. Wenn ferner behauptet worden sei, daß anstatt der früheren Milde jetzt Strenge in dem Kirchenregiment vorherrsche, so müßte er bestreiten, daß im Konsistorium jetzt andere Grundsätze beständen wie damals. Wenn es sein gutes Gewissen behalten wolle, könnte das Konsistorium von dem jetzt betretenen Wege nicht abweichen. Bei dem Kapitel „Universität Leipzig" hält sich Graf v. Hohenthal für verpflichtet, gegen den gehässigen Angriff des Abg. Liebknecht auf die gesammte deutsche studirende Jugend und speziell die der Universität Leipzig, als wenn bei derselben Rohheit und Völlerei bedeutend überhandgenommen, entschiedene Verwahrung einzulegen und zugleich als alter Corpsstudent eine Lanze für das Mensurenwesen zu brechen. Mensuren seien überhaupt keine Duelle, von dieser Ueberzeugung bringe ihn auch die Entscheidung des Reichsgerichtes nicht ab, denn man trete weder mit der Absicht auf Mensur, den Gegner zu tödten, noch existire überhaupt die Möglichkeit hierzu. Gerade dadurch, daß die Mensuren existirten, würden eine Menge Duelle vermieden, denn dadurch werde die Möglichkeit geboten, Streitigkeiten auf ungefährliche Weise auszutragen. In unserer nervenkranken Zeit seien sie von nervenstählender Wirkung und wer muthig auf Mensuren gestanden, werde auch den Muth haben, im späteren Leben seine Ueberzeugung zu vertreten. Auch sei das Mensurwesen ein gutes Korrektionsmittel für den in der Studentenschaft herrschenden Ton, da sich ein Jeder bewußt wäre, für ein unüberlegtes Wort eventuell Rechenschaft geben zu müssen. Wenn man das Mensurwesen unterdrücke, unterdrücke man auch das deutsche Korpsleben und mit ihm die Kameradschaftlichkeit und eine edle Ritterlichkeit in der Studentenschaft. Es sei überhaupt ganz unmöglich das Mensurwesen abzustellen. Die Rede wird mehrfach durch Zustimmungsrufe unterbrochen. Professor Dr. Fricke weist auf die hervorragende Stellung hin, die die Universität Leipzig in der Reihe der deutschen Universitäten einnehme. In diesem Semester habe sie mit 3541 Hörern den höchsten Stand der Frequenz erreicht, sei demnach immer noch im Stadium des Wachsens begriffen, während sich die Frequenz der Berliner Universität um ein Weniges verringert habe. In der zweiten Kammer sei der Vorwurf ausgesprochen worden, daß die theologische Fakultät der Universität Leipzig der schwärzesten Richtung huldige, und zwar von einem Mann, in dessen Augen der größte Fehler dieser Fakultät wohl der sei, daß sie überhaupt existire. Die in der theologischen Fakultät herrschenden Richtungen seien verschiedener Art und es komme darauf an, was für Männer die Lehrstühle der Fakultät einnähmen, nicht welcher Richtung sie sich zuneigten. Am besten spreche wohl für die Fakultät, daß dieselbe 609 Hörer aufzuweisen habe. Die Behauptungen des Abg. Liebknecht könnten vielleicht Besorgniß erregen, er aber könne aus voller Ueberzeugung ein beruhigendes Wort sprechen. Zunächst, was das Trinken anbelangt, so wäre das in Leipzig nicht schlimmer als sonst und anderswo. Getrunken würde freilich (Heiterkeit), aber weit weniger als früher, wo oft die horribelsten Quanta vertilgt worden seien. Auf der Universität würde man davon allerdings nichts erfahren, wenn die Studenten nicht zuweilen in Konflikt mit der Polizei geriethen. Hierbei aber handele es sich um unschuldige Laternenaffairen, die die Sittlichkeit des Einzelnen nicht berührten. Mit dem Mensurwesen sei es ebenfalls nicht schlimmer. Ohne das Duell vertheidigen zu wollen, könne er doch sagen, daß die heutigen Verhältnisse kein sittlich schlimmer Zustand seien. Wenn man die Dinge näher untersuche, so liege der Grund zu dem Allen in der unseren Universitäten eigenthümlichen freien Einrichtung. Aber gerade das deutsche Universitätssystem mit seinen kleinen Auswüchsen dürfte man nicht fallen lassen. Im weiteren Verlauf seiner Rede betont Prof. Fricke die Nothwendigkeit eines Neubaues für die Universitätsbibliothek. Nur ein einziger Platz sei für denselben geeignet, das Grundstück der neben der Universität stehenden I. Bürgerschule, wie es aber den Anschein habe, sei die Stadt Leipzig wenig geneigt, dasselbe zu diesem Zwecke abzutreten, weshalb er den Minister bitte, seinen Einfluß geltend zu machen, um hierin ein erwünschtes Resultat zu erzielen. Da die Verhandlungen mit dem Rath von Leipzig noch nicht abgeschlossen sind, erklärt Kultusminister Dr. von Gerber, über den Stand derselben noch keine Mittheilungen machen zu können, doch hofft er, daß dieselben zu dem erwünschten Ziele führen würden. Die Lobrede des Herrn Grafen von Hohenthal auf das Corpsleben und das Mensurwesen erkenne er zwar nach ihrer Anmuth und Beredsamkeit gebührend an, halte es aber doch für seine Pflicht zu erklären, daß das Ministerium in wesentlichen Punkten auf einem anderen Standpunkt stehe. von Böhlau bemerkt, in der letzten Zeit seien ihm wieder viele Relationen über bei Vivisektionen vorgekommene Scheußlichkeiten zugegangen. Es sei geradezu unerklärlich, wie im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Humanität, derartige Dinge vorkommen und gar geduldet werden könnten, worauf Kultusminister Dr. von Gerber sich auf seine im vorigen Landtag abgegebenen diesbezüglichen Erklärungen beruft. Bei dem Kapitel „Polytechnikum" macht Abg. Seiler auf den Rückgang der Frequenz des Dresdner Polytechnikums aufmerksam. Die Gründe hierzu seien die Ueberfüllung der technischen Branche, ferner der Umstand, daß für die Immatrikulation das Maturitäts-Zeugniß erforderlich sei. Er wünscht demnach, daß die Regierung erwägen möge, ob eine Immatrikulation nicht ohne Maturitätszeugniß zu ermöglichen sei. Demgegenüber weisen Ref. von Trützschler und Dr. von Gerber darauf hin, daß dadurch das Polytechnikum auf eine tiefere Stufe herabsinken und aus der Reihe der deutschen Hochschulen ausscheiden würde, denn mit der Immatriculation von Immaturen müßte auch der gesammte Lehrplan geändert werden. Ein Beschluß der zweiten Kammer, der Regierung zur Erwägung anheimzugeben, ob es angezeigt erscheint, den Studirenden der Pharmacie neben der Universität Leipzig auch das Polytechnikum zu Dresden für ihre Studien zu eröffnen, wird von der Kammer abgelehnt. Ferner beschließt dieselbe, die Petitionen der städtischen Collegien zu Freiberg und Borna um Erhöhung der Staatsbeihilfe an den dortigen Realschulen I. Ordnung auf 18,000 M. auf sich beruhen zu lassen, nachdem ein vom Abg. Clauß, Bürgermeister von Freiberg, gestellter und vom Abg. Heinrich, Bürgermeister von Borna, warm befürworteter Antrag abgelehnt wurde. (Die zweite Kammer hatte die erste Petition zur Erwägung empfohlen, die zweite jedoch ebenfalls auf sich beruhen zu lassen.) Weiter werden für den Umbau eventuell Neubau der Landesschule Grimma als erste Rate 250,000 Mark bewilligt. Im Uebrigen werden sämmtliche Positionen des Etats gemäß der Beschlüsse der zweiten Kammer bewilligt.

— Von dem **Hauptstaatsarchiv** wird theils zu Staats-, theils zu Privatzwecken ein recht reger Gebrauch gemacht. So werden alltäglich über 50 Aktenstücke für den Dienst des Staates, für Privatbenutzer und für wissenschaftliche Arbeiten des Archivpersonals gebraucht.

SLUB
Wir führen Wissen.